

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 6, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inserate: die sechsgespaltene Kolonelleiste 40 S., für Mitgl. 30 S.

Nr. 3.

Hannover, 18. Januar 1907.

17. Jahrg.

Auf die Schanzen!

Das Gefechtsfeld wird immer überschätzlicher. Reichszankler Bülow hat in seiner Silvester-Wahlparole den Kampf gegen die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl als Hauptaufgabe der „nationalen“ Parteien bezeichnet. Diese Wahlparole richtete er an den „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“. Gerade zur rechten Zeit kommen „vertrauliche“ Rundschreiben des „Bereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ in die Öffentlichkeit, wonach die dieser Organisation angeschlossenen Unternehmer außer den sonstigen Geldspenden und Beiträgen 1 Mark pro beschäftigten Arbeiter an den „interfraktionellen Wahlfonds“ zu leisten aufgefordert werden, zur „Bekämpfung antinationaler Wahlen“, damit im neuen Reichstag „die Bildung einer neuen Majorität möglich wird“. Der Nutznießer dieses „interfraktionellen Wahlfonds“ ist der verächtliche „Reichsverband“, und die Unternehmer, die diesen Reichsverband füttern, gehören zu den größten Scharfmachern.

Hier haben wir die Seelenverwandtschaft des politischen Reichsverbandes mit der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Scharfmacher. Sicher werden auch andere Unternehmerorganisationen ihre Beiträge zu diesem „interfraktionellen Wahlfonds“ leisten, und gilt diesen hinter den Kulissen zusammen arbeitenden Kampfgenossen der gemeinsame Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft überhaupt. Die Scharfmacher liefern das Pulver zum Wahlkampf, und der Reichsverband begnügt sich durchaus nicht damit, die politische Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, jetzt bei den Wahlen zu bekämpfen, er geht auch außer der Zeit mit der gleichen Wut und den gleichen Mitteln wie die Scharfmacher selbst gegen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiter, ganz gleich welcher Richtung, vor.

Zwei Beispiele für die gleichmäßige Kampfmethode und die gemeinsame Aktion. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ der Scharfmacherverbände, schrieb am 24. November 1906:

„Ob Sozialdemokrat, ob christlicher Arbeiter, ob Anhänger der Hirsch-Duncker'schen Richtung, sie alle finden sich auf dem Boden eines wirtschafts-revolutionären Programms einmütig zusammen, und diese Gemeinsamkeit des Gegners zeigt die Notwendigkeit, auch gemeinsam gegen alle Gewerkschaften Front zu machen.“

Das Programm der Scharfmacherverbände ist also: Gegen die Bestrebungen der organisierten Arbeiter gemeinsam Front zu machen, d. h., sie gemeinsam bekämpfen, ausperren, wenn sie nicht auf ihr „wirtschafts-revolutionäres“ Programm, die Verbesserung der Lage der Arbeiter, verzichten. Und der Reichsverband hat den Vorständen der im Schlepptau des Reichsverbandes segelnden „christlich-national gesinnten“ Arbeiter-Vereinigungen in Harburg, „Verbrüderungen“ genannt, die Maßregelung angedroht, wenn die „Verbrüderungen“, wie diese es beabsichtigen, sich den Gewerkschaften anschließen. Und zwar wollten sie sich den Christlichen anschließen, doch auch dieses litt der Reichsverband nicht, weil er diese „Verbrüderungen“ zu seinen arbeiterschädigenden Zwecken braucht.

Die „heilige Allianz“ ist also geschlossen: die Reichsregierung, in der Person des Reichszanklers, der „Reichsverband“ zur Bekämpfung der Bestrebungen der Arbeiterklasse und die Unternehmerorganisationen stehen zusammen gegen die Arbeiterklasse. Dieser Allianz gegenüber müssen unter der Arbeiterschaft bei den Reichstagswahlen alle Meinungsverschiedenheiten verschwinden, alle Arbeiter müssen zusammenstehen zur Verteidigung ihrer Interessen und Rechte, alle Arbeiter müssen ihre Stimmen vereinigen auf die Kandidaten der Arbeiterpartei, d. h. der Sozialdemokratie.

Nichts anderes darf es geben; ein Arbeiter, der dem entgegen handelt, begeht Verrat an sich und seinen Klassen-genossen. Die Arbeiter sind im politischen wie im wirtschaftlichen Kampf nur auf sich angewiesen und haben das Unternehmertum ohne Unterschied und alles, was zur Aufrechterhaltung der jeweiligen „Ordnung“ berufen ist, die Regierung und Polizeigewalt zum Gegner. Wir erinnern nur an die Aussperzungen von Arbeitern auch in unserem Beruf: in Rheinland-Westfalen, in der bischöflichen Brauerei Regensburg. Es ist gleich, ob der Unternehmer katholisch, evangelisch, Jude oder Atheist, ob er Zentrumsmann, konservativ, liberal oder sonst was ist: im Kampf gegen die Arbeiter sind sie sich einig; ja wir haben gesehen, daß die frommsten Unternehmer in der Regel die brutalsten und rücksichtslosesten gegen die Arbeiter sind, die Aussperzungen christlicher Arbeiter von christlichen Unternehmern reden eine deutliche Sprache.

Es kann deshalb auch kein Arbeiter einem Unternehmer seine Stimme geben, oder einem Kandidaten einer Partei, in der Unternehmer vertreten oder gar vorherrschend sind, die gezwungen ist, die Unternehmerinteressen zu vertreten. Das trifft auf alle bürgerlichen Parteien zu.

Nur allein die sozialdemokratische Partei ist eine zuverlässige Verfechterin der Arbeiterinteressen. Sie wird wie bisher so auch in Zukunft eintreten:

- für die Erhaltung und Erweiterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen;
- für ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht ohne Ansehen der Person;
- für die Sicherung und Vervollkommnung des Koalitionsrechts und seine Ausdehnung auf die Landarbeiter;
- für einen gesetzlich fixierten Normalarbeitstag von höchstens 10 und allmählicher Einschränkung auf 9 und 8 Stunden für alle Arbeiter;
- für Erweiterung des Arbeiterschutzes und Beschränkung der Sonntags- und der Nachtarbeit auf das technisch absolut Notwendige;
- für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
- für ein einheitliches deutsches Arbeiterrecht;
- für Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungen der Arbeiter-Versicherungs-gesetzgebung;
- für Verbesserung der Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen;
- für stufenweise Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;
- für Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen auf die Einfuhr von Vieh und Fleischwaren unter Aufrechterhaltung zweckmäßiger, aber nicht schikanöser sanitärer Kontrollmaßnahmen;
- für die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen von über 5000 M. im Jahr;
- für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über 50 000 M. und für sehr erhebliche Erweiterung der Reichs-Einkommensteuer.

Deshalb, Brauereiarbeiter, auf die Schanzen! Am 25. Januar alle Mann zur Wahl, lüßt die Indifferenten auf, bringt sie Kandidaten der Sozialdemokratie!

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Der Reichszankler v. Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant v. Diebert, eine Silvester-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampf betreffen soll. Diese Wahlkampfepistel zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt noch durch irgend welches blühende Aussehen aus — das bezeichnete an ihr ist die Adressat, an die sie sich richtet. Sie belundet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände der strapelosesten Scharfmacherorganisationen geben, — sie stempelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer solchen der Regierung. In dieser Kundgebung befindet sich indes ein Satz, den wir, besonders von unserem gewerkschaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung unterziehen müssen. Herr v. Bülow schreibt:

„Dagegen es fernher keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, — obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen haßt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umzuwälzen will. Von solchem Druke muß sich das deutsche Volk freimachen.“

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterschaft damit in einen schroffen Gegensatz zur Regierung stellt und daß die gesamte Gegnerkraft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertraten und selbst dann, als ein dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zu Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß, weil sie meistens unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild der Interessens-Harmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzuhängen. In gleichem Sinne wurden ja auch schon christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ bezeichnet, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also drum. Wir werden den Haß der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn ein sozialpolitischer Feind der Gewerkschaften den letzteren die Feindschaft in aller Form aufhängen, so wird das auch noch zu vertragen sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so haben gerade die arbeiterschädliche Politik der Regierungen am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelerhöhung, der Bestärkung der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverbündung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen. Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschafts-gesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, da bestimmt, die Gewerkschaften im Paragrafentamp mit Verbot und Gerichten anzuknüpfen, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!

Und so wunderlicher ist es, daß Bülow in so hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches rühmt und die Gründe, die die Millionen von Arbeitern zu Mitläufern der Sozialdemokratie machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, daß das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die

materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterschaft, diese „bestgebildete der Welt“, für sich, einer Partei nachzuhängen, die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft. Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr von Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1904 für die gesamten Krankheitskosten 212 931 462 M. verausgabt (pro Mitglied 19,97 M.). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre 248 005 055 M., davon aus Beiträgen und Eintrittsgeldern 230 685 129 M. Von diesen 230 Millionen Mark hat die Arbeiterschaft mindestens 160 Millionen Mark aus eigener Tasche aufgebracht, etwa 70 Millionen Mark sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig dazu gegeben. Nur bei der Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verwaltung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsunfähigste und rücksichtslose, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterschaft erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1904 insgesamt 164 132 886 M. verausgabt, davon 128 641 740 M. für Entschädigungsbeträge, Heil- und Beerdigungskosten (pro Kopf der Versicherten 6,37 M.). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Für Invaliden- und Altersversicherung wurden 1904 für Arbeiter 117 100 514 M. aufgewendet, davon 103 080 253 M. für Entschädigung (pro Versicherten im Durchschnitt 7,94 M.). Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Jahre 193 224 977 M., davon aus Beiträgen 154 087 799 M. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht, so daß also 77 043 900 M. von den Entschädigungsbeträgen aus Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (ungerechnet die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das Reich einen Zuschuß zu jeder einzelnen Rente in Höhe von 50 M., der 1904 den Gesamtbetrag von 45 125 431 M. (pro Versichertem 3,48 M.) erreichte.

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Versicherungszweig	Ausgabe für Entschädigung M.	Beiträge der		
		Arbeiter M.	Arbeitgeber M.	Reich M.
Kranken-Unfall	212 931 462	160 012 729	70 670 992	—
Invaliden-	126 641 740	—	148 431 221	—
Invalide-	148 205 684	77 043 900	77 043 900	45 125 431
Insges.	488 778 886	237 056 629	296 145 113	45 125 431

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern 488 7/8 Millionen Mark Unterstützung und Heilkosten usw. zu zahlen, mußten die Arbeiter 237 Millionen Mark (41,2 Prozent) aus eigener Tasche aufbringen; 296 Millionen Mark (61,2 Prozent) verauslagte das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen Mark (7,9 Prozent) steuerte das Reich dazu. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von 35,67 M. pro Jahr oder 9,22 Pf. pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 Pf. selbst aufbringen, die Unternehmer 4,78 Pf. verauslagten und das Reich 0,67 Pf. täglich für jeden Versicherten hinzufernert. Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck „verauslagten“; in Wirklichkeit zahlt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeträge aus seiner Privatbörse, sondern er entnimmt sie den Betriebs-einnahmen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen. Wichtig ergreift handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf 1/2 Pf. pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuß des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölfwache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück, die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfaßt, als die Gewerkschaften hunderttausende. Aber diese hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungszweigen geschaffen, das im gleichen Jahre 1904: 11,1 Millionen Mark für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben den 3/4 Pf. Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 Pf. für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2,9 Pf. direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich den Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfennigs, den es ihnen täglich schenkt, wieder nimmt. An Zöllen und Verbrauchssteuern muß das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08 967,6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfige Familie ein Betrag von 85 M. Da es sich bei den Reichssteuern vorzugsweise um Lebensmittelssteuern (Getreide, Salz, Petroleum, Kaffee, Fleisch, Tabak, Bier, Branntwein) handelt, um die „Luzusgegenstände der großen Masse“, wie Bismarck sie 1875 im Reichstage bezeichnete, und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen zu finden sind, so ist ungenügend, daß die Reichsteuern den Arbeiterhaushalt eher noch stärker belasten. Das ist aber nur ein Teil der Abgaben des Arbeiterhaushalts. Die deutschen Zölle sind Schutzzölle; sie verteuern nicht nur das vom Ausland hereinkommende Getreide, Fleisch und sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wodurch der Konsument einen gleichen Tribut an den Jucker und Grundbesitzer zahlen muß. Von je 100 Kilogramm Brotgetreide, das in Deutschland konsumiert wird, werden nur etwa 15 Kilogramm eingeführt; beinahe sechsmal so viel Getreide, als an das Reich, muß das deutsche Volk auch an die Jucker zahlen. Und das ist nicht der einzige Jucker-Tribut. Von allen inländischen Nahrungsmitteln, als Bier, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fleischwaren usw., muß das Volk einen dem Auslandszoll gleichkommenden Betrag den deutschen Grundbesitzern zahlen. Vom Branntwein zahlt es neben den 116,8 Millionen Mark Reichsteuern eine Vorkasse von 45 Millionen Mark an die Brennereibesitzer, die überdies vom Reich 16 Millionen Mark Prämien infolge der Art der Maßregelung oder Brennereierhebung einfindeln. Die Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Schlachtvieh hat den Preis des Schweinefleisches seit 1904 von 1,82 M. pro Kilogramm auf 1,73 M. gesteigert, den des Hammelfleisches von

1,41 Mt. auf 1,65 Mt., den des Kalbfleisches von 1,41 Mt. auf 1,80 Mt. und den des Rindfleischs von 1,21 Mt. bzw. 1,43 Mt. (einst.) auf 1,43 Mt. bzw. 1,67 Mt., also Preissteigerungen von 29-41 % pro Kilogramm. Nach den Normalrationen der Marineverwaltung soll ein Mann pro Woche je 800 Gramm Rind- oder Hammelfleisch und 750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das bestmögliche Quantum, so beträgt die Mehrbelastung dieses Arbeiterhaushalts infolge der Fleischsteuer pro Jahr 80,77 Mt., ungedreht die Mehrausgaben für Fleischwaren. Dazu kommt, daß der Fleischhandel eine weitere Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

Nach damit sind die Wirkungen der Zollpolitik nicht erschöpft. Die Zigarettensteuer, die die Steuerlast nach dem Verkaufspreis der Zigaretten bemisst, bedeutet eine direkte Prämie für den Lohnbruder, denn wenn der Fabrikant durch Lohnabsätze in den Stande ist, die Zigaretten etwas billiger zu verkaufen, profitiert er zugleich an der Steuer. So drückt also die Zoll- und Steuererhebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die 3,38 Mt., die das Reich dem Arbeiter jährlich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm in Wege der Lebensmittelvermehrung das Hundertfache wieder ab, und wenn dieser Betrag nicht erlöschet wird, so ist dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter gleichbedeutend, die das Reich bereit zum wirklichen Luxusgegenstand der großen Masse des Volkes gemacht hat und die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Uebrigens nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloß von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt von dem, was sie ihnen schenkt. Als im Jahre 1903 die Heeresausgabe von 659 Millionen Mark (1902) auf 742 Millionen Mark und die Marineausgaben von 224 Millionen auf 265 Millionen Mark stiegen, da suchte die Regierung zu sparen, und sie fand heraus, daß die invaliden Arbeiter zu viel erhielten. Es waren 1902 142 780 Invalidenrenten und 1903 sogar 152 871 bewilligt. Da fand man glücklicherweise heraus, daß es Invalidenrenten gab, die etwas mehr als ein Drittel der früheren Erwerbshöhe betragen, und stugs wurde diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in jedem Falle 50 Mark sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. So brachte man es fertig, daß 1904 bloß noch 140 092, 1905 nur 122 869 und 1906 nur etwa 12 000 Invalidenrenten bewilligt wurden, seit 1903 also mindestens 83 600 Renten gekürzt wurden! Das Reich sparte in den drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Rentenempfängern ca. 10 Millionen Mark Renten „erspart“.

Das ist die Arbeiterfürsorge des Reiches, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Ist die geistigen Bedürfnisse der Arbeiter das preußische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verpöfendsten Einfluß der Kirche stellt. Für andere Kulturaufgaben ließ die wahnwitzige Heeres- und Marineverwaltung, die Kolonial- und Weltmachtpolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen marschiert! Wie sieht es nun in den übrigen Ländern aus? Gewiß, wir geben ohne weiteres zu, daß ihre staatliche Arbeiterversicherung sich mit derjenigen des Deutschen Reiches nicht messen kann. Nur die Unfall- bzw. Invalidenversicherung ist weiter entwickelt. In Desterreich und Dänemark ist auch die Krankenversicherung staatlich geregelt, bzw. wird sie vom Staate unterstützt. In den meisten Ländern hat man die Arbeiterversicherung der privaten Selbsthilfe überlassen. Nun hat die Selbsthilfe zwar für die Beteiligten ganz andere Ergebnisse zuwege gebracht, als die deutsche Zwangsversicherung mit ihren 9,2 Pf. pro Tag, von denen das Reich ganze 7/8 Pf. hinhaltet. Aber die deutsche Zwangsversicherung erspart Millionen, die ersparungsgemäß von jeder Selbsthilfe ausgeschlossen bleiben, und deshalb ist sie der letzteren überlegen.

Indes ist das nur eine Fürsorge für Ausnahmefälle. Die wichtigste für jeden Arbeiter ist das, wozu er sein Leben befreit, sein Lohn und seine ganze Lebenshaltung, und derjenige Staat, der für seine Arbeiterbevölkerung, der ihre nicht bloß Sicherheit gegen Unglück, sondern die Garantie eines auskömmlichen Lebens, einen möglichst hohen Anteil an den Errungenschaften moderner Kultur gewährt. Wie stellt sich nun Deutschland auf diesem Gebiete gegenüber dem Ausland?

Das nordamerikanische Arbeitsdepartement hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung über die Lohnhöhe, Arbeitszeit und Lebenshaltung der Arbeiter in verschiedenen Staaten veranstaltet. Die ersten Ergebnisse derselben bringen jetzt in einer Bearbeitung von H. Heiß in „Schmidlers Jahrbuch der Sozialwissenschaft“ in die Öffentlichkeit. Es ist von hohem Interesse, daß es ein angesehenes Organ der bürgerlichen Nationalökonomie ist, das auf dieses Zahlenmaterial die Aufmerksamkeit lenkt. Das führt uns gegenüber dem sonst leicht eingehenden Vorurteil tendenziöser Darstellung. Wir geben aus dem vergleichenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den hier Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß fast überall die Entlohnung der Arbeiter in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an Stundenlöhnen gefaßt:

	Great Britain	France	Germany
Maurer	2,19	0,82	0,53
Steinmeyer	1,83	0,83	0,53
Schmied	1,79	0,72	0,56
Zimmerer	1,44	0,81	0,52
Polier	1,38	0,71	0,48
Schiffbau	1,18	0,70	0,49
Ungelernte	0,57	0,41	0,32

Hieraus erhellen die deutschen ungelerten Arbeiter nicht einmal die Hälfte des Lohnes (47,6 Proz.) den ungelerten Arbeitern in Nordamerika. Noch krasser ist der Unterschied natürlich in den gelehrten, gut organisierten Berufsgruppen, wo bei den Schmieden der deutsche Stundenlohn auf 41,9 Proz., bei den Zimmerern auf 36,2 Proz., bei den Schiffbauern auf 31,6 Proz. und bei den Maurern sogar auf 24,3 Proz. des amerikanischen Stundenlohnes herabsinkt. Dabei handelt es sich um Werte, die auch in Deutschland zu den bestorganisierten zählen und die den Lohn von 22 bis 56 Pf. pro Stunde erst nach harten Kämpfen auf diese Höhe gebracht haben. Im Jahre 1904 zeigt sich bei den nordamerikanischen Arbeitergruppen eine weitere Steigerung der Stundenlöhne. So betragen dieselben in Mark bei den Holzwerkzeugmachern 2,65 Mt., Maurern 2,33 Mt., Tischlerinnen 2,20 Mt., Schiffsbauern 2,16 Mt., Steinmeyer 2,07 Mt., Schiffbauern 1,97 Mt., Dachdecker und Steinmeyer 1,87 Mt., Schiffbauern 1,52 Mt., Tapezierer 1,46 Mt., Zimmerer 1,45 Mt., Maler 1,42 Mt., Tischlerinnen 1,24 Mt., Bäcker 1,13 Mt., Schmieden 1,07 Mt., ungelerten Arbeitern 0,72 Mt. und Leppichweberinnen 0,67 Mt. Nur der Stundenlohn der Schmiede weist hier einen Rückgang auf. Im Allgemeinen entsprechen die niedrigsten Löhne der ungelerten Arbeiter in Nordamerika (sie schwanken in den einzelnen Städten zwischen 0,57 und 1,21 Mt.) denen der höchstgelohnten deutschen Berufsgruppen.

Dabei ist die Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

	Great Britain	France	Germany
Maurer	56,2	53,6	51,5
Steinmeyer	49,4	50,1	60,0
Schmied	49,8	50,0	51,5
Zimmerer	49,4	50,1	55,3
Polier	49,0	51,0	56,2
Schiffbau	56,8	53,0	59,9
Ungelernte	56,4	52,5	56,3

Hieraus ist die Arbeitsdauer nur in Frankreich länger als in Deutschland. Ein Vergleich dieser Löhne mit denen der Stunden-

löhne bestätigt drastisch den bekannten Satz, daß den höchsten Löhnen in der Regel auch die kürzesten Arbeitszeiten zur Seite stehen. Nach diesen Ergebnissen steht die deutsche Arbeiterfürsorge keineswegs stänke staatliche Zwangsversicherung darangeben, wenn er dafür die Höhe und Arbeitsdauer der englischen und nordamerikanischen Arbeiter eintauschen könnte.

Nach einer Einkommen- und Lebenshaltungsstatistik, die sich auf 24 402 nordamerikanische Arbeiterfamilien stützt, hatten ein Gesamteinkommen in Mark:

	Bergbau	Eisen u. Stahl	Textilindustrie	Landwirtschaft
unter 1200 Mt.	8,71	2,12	11,60	42,39
1200-1800 "	19,92	6,50	14,85	23,83
1800-2000 "	26,31	14,42	23,88	13,64
2000-2400 "	16,88	16,83	14,23	6,13
2400-2800 "	10,95	17,07	12,28	8,46
2800-3200 "	7,25	20,96	9,50	0,77
3200-3800 "	3,16	9,48	3,10	0,77
4000 u. mehr	2,51	6,46	2,97	—

Die durchschnittliche Einnahme einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,88 Köpfe stark) betrug 2989 Mt., die Jahresausgabe 2796 Mt. Von den Ausgaben entfallen auf Nahrung 1251,68 Mt., auf Kleidung 379,96 Mt. und auf Miete 473,60 Mt. im Durchschnitt. Die Unterhaltung von 19 000 Arbeiterfamilien ergab eine Durchschnittsgröße von 4,67 Männern zum Preise von 466,20 Mt. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon 425 Mt. und eine Wohnung, die aus einem einzigen Raum bestand, 232 Mt. Noch günstiger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenheimern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, daß mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenheimen wohnen. In Berlin müßte eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so große Wohnung erschwingen will, als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens 2500 Mt. jährlich verdienen. Über 93 Prozent der eingeschätzten Personen in Berlin hatten nicht einmal 2000 Mt. Einkommen. „Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt als eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum“, schreibt Heiß.

Zu beachten ist auch, daß die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind, als in Deutschland. So kostete 1 Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in New York 41 bis 81 Pf., in St. Louis 35 bis 64 Pf., Schweinefleisch 48 bis 53 Pf. bzw. 30 bis 57 Pf.; die höheren Preise entsprechen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterfamilie (von 4,88 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Ochsenfleisch 349,7 Pfund frisch, 48,6 Pfund gefäzigt; Schweinefleisch 114,2 Pfund frisch, 110,5 Pfund gefäzigt; Butter 117,1 Pfund; Mehl 630,8 Pfund; Zucker 168,5 Pfund; Kaffee 46,8 Pfund; Milch 354,5 Quart; Brot 252,7 Vaibe. 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund, — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungsniveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnend?

1,7 Pfund Fleisch jeder Tag! Muß sich da nicht der leidende Herz sein Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel verschaffen, weil man es für die Seinen zu einem Vererbissen gemacht hat, und zugleich der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich solcher Gestalt an der arbeitenden Bevölkerung verhängt?

In diesen Zahlen läßt sich erst erkennen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und verknümmerte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtszwecke und abermals Milliarden für die Sunter und Schlachthäuser herauszupressen. Das ist die Preispolitik in des Wortes vollster Bedeutung, — einen anderen Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muß. In England gibt es zwar einen Zehnt- und Spirituosenzoll, aber die notwendigen Lebensmittel sind frei geblieben; dort gibt es weder Brot- noch Fleischsteuer; dafür bringt die englische Bourgeoisie ca. 1200 Mill. an Vermögens- und Erbschaftsteuer auf und läßt die Einkommen unter 3000 Mt. steuerfrei. Als der Burenkrieg in England erhöhte Anforderungen stellte, legte sich die Nation einen Getreidezoll von 50 Pf. pro Doppelcentner auf, den sie nach 2 Jahren wieder abschaffte. In Deutschland hat man die Einkommen schon von 500 Mt. an (Sachsen) befreit; die im Vorjahr eingeführte Erbschaftsteuer ist so mit abgestuft, daß sie nur noch 72 Millionen Mark ergibt. Dafür ist der Getreidezoll von 3/4 auf 5/8 Mark erhöht. Hier hat Herr von Bülow die Erklärung, weshalb Millionen von Arbeitern bewußt oder als Mitläufer der Sozialdemokratie anhängen. Sie widerlegt zugleich an der Hand stichhaltiger Tatsachen seine Behauptung, daß Deutschland mehr als irgend ein anderer Staat für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt habe. Es hat im Gegenteil mehr als irgend ein Staat dafür gesorgt, das materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herabzudrücken, es den herrschenden Klassen zu opfern.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden, — wir sind bescheiden genug, in dieses Lob nicht einzustimmen — so danken sie ihre heutige Stellung in nicht den Diebungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als 40jährigen politischen und gemeinschaftlichen Erziehungsarbeit in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie unloslich verknüpft ist. Aus eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und in ihrem Kampfe gegen das offizielle Deutsche Reich hat sie diese Stellung errungen. Und so beschämenswert der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausfällt, — selbst dieses Niveau gönnt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern sucht es durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksentziehung und Volksverdummung herabzudrücken. Sehr richtig schreibt Herr von Bülow: „Von solchem Druck muß das deutsche Volk frei machen!“ Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar Sozialdemokraten!

Bericht des 2. Gau's (Sitz Hamburg) für die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1906.

Wenn das erste Berichtsjahr mehr im Zeichen der Informationen und der Agitation stand, so zeigte das zweite Berichtsjahr, daß diese Tätigkeit erfolgreich war, denn nur so konnte es in so unangenehmer Weise ein Jahr fast ununterbrochener Lohnbewegungen werden. Die gewonnenen Mitglieder stellten eben an die Verbandsleitung die ernsthafte Forderung, auch durch Taten die Notwendigkeit der Organisation zu demonstrieren, indem sie Lohnbewegungen einleiteten und durchführten. Für eine eigentliche thematisch betriebene Agitationsarbeit blieb bei der Menge dieser Bewegungen wenig Zeit übrig, doch konnten die an einem Ort errungenen Vorteile meist dazu ausgenutzt werden, den Kollegen in der Nähe liegender Orte die Möglichkeit des Verbandes vor Augen zu führen, weshalb die Organisationsfähigkeit Fortschritte machte.

Wenn wir die einzelnen Bezirke und Orte Revue passieren lassen, so zeigt sich allenthalben ein erfreulicher Aufschwung. So konnte in Hamburg nicht nur der alte Beststand vor dem Streik zurückgewonnen werden, sondern er ist seit längerer Zeit überfüllt. Eine Reihe von Betriebsversammlungen dürften zu diesem Resultat wesentlich beigetragen haben. Auch unter den Brennerern und Malzereiarbeitern hat die Organisationsgang gefunden und konnten für dieselben bereits erhebliche Verbesserungen erzielt werden. Einige Flugblätter wurden zur

Unterstützung der Agitation in Hamburg herausgegeben, wozu das eine die Unternehmer ganz besonders in Harnisch brachte, weil es schon so frühzeitig zur Rüstung für die Lohnbewegung aufforderte. Und die guten Herren hatten doch gemeint, mit ihrem Gemütsreich von 1904 unseren Verband auf lange hinaus so zu schwächen, daß es uns nicht möglich wäre, sobald an eine erfolgreiche Lohnbewegung zu denken. Die Hamburger Brauerarbeiten haben ihnen einen Stich durch die Rechnung gemacht. Das zweite, worin mir Hinweis auf den verflochtenen Kampf und die bevorstehende Lohnbewegung die Unzumutbarkeit verschiedener Verbände in einem Verein dargetan wird, erregte Vergeris bei der Leitung des Transportarbeiterverbandes und sie verbreitete ein Gegenflugblatt mit sehr persönlicher Spitze. Bei ihrer bekannten Auffassung und der Art ihrer von Sachkenntnis selten getriebenen Polemik wurde von einer Erwiderung abgesehen. Kaum dürfte es in den Hamburger Brauerarbeiten einen Arbeiter, gleichviel welcher Kategorie geben, welcher nicht übereinstimmend wäre, daß eine einheitliche Organisation am zweckmäßigsten ist. Wenn als diese Ueberzeugung ihnen beibringen kann man nicht; wenn sie nicht darnach handeln, so sind es persönliche Interessen, Völligkeit oder Disziplinlosigkeit, welche sie zu dem Widerstand veranlassen.

Vortreffliche Fortschritte machte die Organisation in Kiel, nachdem die Gegenläufe unter den Arbeitern beseitigt werden konnten. Die anfänglich teilweise abtrünnig gewordenen Brauer erkannten bald die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung der Sektionen und lehrten zum großen Teil wieder zur Organisation zurück, sodas zurzeit die Kieler Brauer- und Brennerarbeiten und Arbeiter bis auf ganz wenige Ausnahmen organisiert sind. Ein Versuch des Hanse- und Transportarbeiterverbandes, die Bierfahrer zu sich hinüberzuziehen, mißlang. Die Verschmelzung der Sektionen machte eine Reform des Kassa- bzw. Einlieferungsweises notwendig, welche Aufgabe Kollege Stöcker mit gutem Erfolg gelöst hat.

Flensburg hat einen neuen Aufschwung genommen, doch befindet die Mitgliedschaft eines Teils der Hilfsarbeiter und Kuttler im Fabrikarbeiterverband der Zehntstelle die Gewichtigkeit und das Ansehen zu geben, welche sie bei einer Organisationszugehörigkeit von 100 Prozent haben müßte. Aus diesem Verhältnis heraus entstehende Differenzen vermindern außerordentlich die Wirkung dieser Tatsache zur Freude der Unternehmer.

In Preßlau haben wir, nachdem die Mitgliedschaft nach dem im Sande verlaufenen Boykott wegen Mahregung des Kollegen Georgius verschwunden war, hauptsächlich unter den Malzereiarbeitern wieder festen Fuß und haben dieselben durch ihren Anschluß ganz wesentliche Verbesserungen erzielt.

In Elmshorn konnte nach langem, vergeblichem Bemühen eine Zehntstelle gegründet werden. Leider hat ihre Entwicklung ebenfalls durch die Vielgestaltigkeit des Organisationsverhältnisses in der Brauerei und den Malzfabriken zu leiden. Der sehr müßige Erfolg der Lohnbewegung in letzteren ist darauf zurückzuführen.

In Rehde war es nach vielen Mühen Anfangs des Jahres endlich möglich, die darniederliegende Zehntstelle wieder hoch zu bringen.

Veruche, die allerdings kleineren Brauereien in Rendsburg, Schleswig und Sonderburg zu organisieren, waren bis jetzt erfolglos. Apentade und Hadersleben ist wegen der bekannten politischen Sonderstellung der dort meist beschäftigten bänischen Arbeiter vor der Hand auszuschießen. Tondern erhielt sich unter schwierigen Verhältnissen. In Sülum scheint Aussicht auf Erfolg zu sein. Nach vielen vergeblichen Versuchen konnten Segeberg und Arensburg vollständig für den Verband gewonnen werden. Neumünster blieb bei seinem früheren Bestand.

Die allgemeine Uebersticht über Schleswig-Holstein ergibt, daß in der Reihe der Organisation noch einige kleinere Brauereien fehlen, in größeren Orten und größeren Brauereien sie dagegen fast vollkommen ist. Ein bedeutendes Arbeitsfeld bieten noch Brenner- und Malzfabriken.

Sehr erfreuliche Fortschritte sind in Mecklenburg zu verzeichnen. Schwerin erhielt zu seinem Bestand Zuwachs durch die gesamten Brennerarbeiten der Firma Bauh. Nur in der Brauerei Sgall u. Schwenke läßt die Organisation noch viel zu wünschen übrig.

In Wismar gelang es, wenigstens das Personal der Panjabrauerei zu organisieren. Trotz eines günstigen Tarifabschlusses verhalten sich die Kollegen der anderen Brauereien noch ablehnend. Dagegen gelang es, in letzter Zeit die Arbeiter der Grebesmühler Malzfabrik zu organisieren, und wurden diese der Wismarer Zehntstelle angegeschlossen.

Kostorf hat alle Befürchtungen aufhoben gemacht. Die Arbeiter haben den Wert der Organisation erkannt und sie wachen eifernd darüber, daß man sie nicht schwächt. Langsam verbreitet sich diese Erkenntnis aus den Reihen der Wismar- u. Meridischen Brauerarbeiten hinaus auch auf die kleineren Geschäfte. Freilich die Kollegen von Triebfries haben sich in dem Augenblick, wo es galt, auch für ihre Forderungen einzureten, schlecht bewährt. Die Zehntstelle hat 100 Mitglieder überschritten. Die Brennerarbeiten sind noch unentfaltet, aber es ist zu hoffen, daß auch bei ihnen sich die Erkenntnis Bahn bricht.

Wüstrow vereinigt den letzten Brauerarbeiten im Verband. Ein Renegat mußte der gemeinsamen Verachtung aller Kameraden weichen. Die Güstrower Kollegen liefern den Beweis, daß kein Brauerarbeiten zu gut ist für den Verband. Sie haben jetzt erst in ihren alten Tagen durch den Verband bessere Zeiten erlangt.

Wader hatten sich unsere Kollegen in Neubrandenburg Wag ihnen nicht Zwietracht rauben, was Einigkeit ihnen gebracht hat.

Das Bild wiederholten Aufbaues und Zusammenbruchs zeigte Röhde. Endlich erwies sich die Mühe doch nicht vergebens. Der dadurch mögliche Lohnantrag dürfte die Kollegen unzertrennlich an den Verband gekettet haben.

Es müht doch nichts, war die ständige Redensart in Waren. Und es hat ihnen doch etwas genützt, wie sie nur erst ihre Furcht abwarfen und dem Verband beitraten. Die Vorgänge, welche sich mit den Wägern abspielten, werden hoffentlich den Kollegen die Augen geöffnet und ihnen gezeigt haben, daß nicht nur festester Zusammenhalt ihnen helfen kann, sondern, daß sie auch bestrebt sein müssen, die noch fernstehenden der Organisation zuzuführen.

Auch in Neustrelitz waren früher vergeblich einige Organisationsversuche gemacht worden. Nunmehr kann konstatiert werden, daß der größte Teil der Kollegen organisiert ist und da sie mit Lust und Liebe für den Verband wirken, so dürften sie bald den letzten Mann gewonnen haben.

Noch in verschiedenen Orten Mecklenburgs sind Organisationsversuche unternommen worden, vorerst mit ziemlich negativem Resultat. So in Wägum, Malchin, Friedland, Parchim und Grabow. Mit Ausnahme der letzteren kommen kleinere Brauereien in Betracht. In Grabow sind die Kollegen vollständig losgerissen und dürften am schwersten zu gewinnen sein. Eine frühere Lohnbewegung, vom Bauhilfsarbeiterverband geleitet, hat dieses Resultat erzielt.

Eine große Zahl von Mitgliedern sind in Mecklenburg nicht zu gewinnen. Die Brauereien sind weit verstreut und klein, trotzdem wäre es in Anbetracht der zurückgebliebenen Verhältnisse wünschenswert gewesen, noch eine intensivere Agitation zu entfalten, wozu leider die Zeit mangelte.

Ein Vorwärtsschreiten ist endlich auch in den kleineren hannoverschen Orten zu bemerken.

Alfeld konnte neu belebt werden. Organisiert wurden die Kollegen in Verden a. Aller und Nienburg a. W. Trotz günstiger Umstände will merkwürdigerweise Hameln a. W. immer noch nicht vorwärts kommen. Dagegen hat sich in Einbeck die Organisation befestigt. Ganz schlimm sind die Organisationsverhältnisse in Harz und ist auch wenig Aussicht auf Besserung. Osterode, Goslar scheinen trotz der allerhöchsten Verhältnisse unentfaltet. Dagegen gelang es die Kollegen in Duderstadt, am Eingange des Harzes, zu gewinnen. Weiter traten sie bereitwillig in eine Bewegung, welche mit geringem Erfolge endete. Am nächsten Abhänge des Harzes entwickelt sich regeres Leben und dürfte

Blauenburg a. S. der Mittelpunkt ausgebreiteter Agitations-

von weiteren braunschweigischen Orten ist aus

Die ehemals tährige Zahlstelle Wolfenbüttel konnte nach

Im hannoverschen Gebiet zuträufelnd, ist in Göttingen

immer noch kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Gegenüber ist es mit besonderer Freude zu begrüßen, daß nach

Uenzen würde wohl ein gleiches Resultat hieten können, wenn

Harburg hat mit solcher Zersplitterung gründlich aufgeräumt,

und so sind die Kollegen aus dem Nichts zu einer machbaren,

Wirbeln hat nach manchen Wandlungen einen äußerst er-

Freudlichen Aufschwung genommen. Mehr und mehr erkennen die

Obenburger Kollegen ihre falschen Furch-Dunderschen Freundschaft

zu machen, was sie in ihrer Verblendung veräußert haben.

In Bremen machte sich nach der vorjährigen Lohnbewegung

eine Reorganisation der Zahlstelle notwendig. Ganz besonders lag

des Entlassungsorgans darneben. Es erfolgte die Aufstellung des

Kollegen Völkens als Lokalbeamter. Durch geistige Sichtung

der Mitglieder eine bedeutende Anzahl in der Zahlstelle noch als

Mitglieder geführter Kollegen geführt werden. Die Zahl der wirk-

lichen, zahlenden Mitglieder ist seitdem erheblich gestiegen. Leider

ist aber der Schlenkrian schlechten Versammlungsbefähigung aus den

Bremer Kollegen nicht herauszubringen. Sie bringen damit unter

allen Zahlstellen von der Bedeutung der Bremer ein sehr unricht-

liches Vorbild. Möge diese öffentliche Mahnung nicht unbeachtet

Bremer haben hat trotz der Mafnahmen der Unterwerfer-

Scharfmacher sich gut entwickelt.

In Stade halten die Kollegen der Bergschlösserbrauerei mit

Ausnahme der Ruffcher treu zum Verband. Die Kollegen der übrigen

Brauereien waren leider noch nicht zu gewinnen.

Dagegen organisierten sich die Kollegen in benachbarten

Burglunde fast vollständig.

In seiner Gesamtheit zeigt demnach das Bild ein Fortwärt-

Verhältnisse werden von den Arbeitgebern in Brauereibetriebe einge-

ähnliche Zustände sind auch in der Brauerei Kiegele.

Die Arbeitszeit dauert an den Werktagen bis 1/2 7 Uhr, ja 7, sogar

8 Uhr ist es schon geworden. Alle Sonntage wird fast gewöhnlich

und hier abgefaßt. Im Lager Keller dauert die Arbeitszeit Sonntags

bis 9 oder 10 Uhr vormittags, im Gärtler dagegen wird es manch-

mal auch 12 Uhr. Ueberstunden werden nicht vergütet.

Die Brauerei Demel spottet der Schlander jeder Be-

schreibung, auch wird das Biergeschloß dort aufbewahrt.

In der Brauerei Lorenz Stötter besteht noch die Kost

und herrscht ein Protektionswesen bei den Arbeitern, wie es

schlimmer nicht gedacht werden kann.

In der Brauerei Remmel wird den Arbeitern das gesetz-

liche Koalitionsrecht unter Androhung sofortiger Entlassung

nach vorzuenthalten. Demgemäß sind selbstverständlich auch die Ar-

beitsverhältnisse.

Carlbrücke wurden noch von der Brauerei Belzhofen

und von verschiedenen anderen konstatiert.

Der Referent kritisierte noch, daß fast in allen Brauereien die

Abwehrmaßnahmen noch fehlen. Am Schluß seiner Ausführungen

rufft der Referent der Versammlung zu, so könne es nicht mehr

weiter gehen. Auch einen großen Teil Schuld tragen die Kollegen

selbst; die Falschheit, welche unter einem Teil eingerissen ist, wurde

von den Unternehmern entsprechend ausgenutzt. Stillstand ist nicht

zu erlangen. Dieses müßten die hiesigen Brauereiarbeiter an ihrem eigenen

Leibe hüben. Reigen Sie daher wieder mehr Interesse an der

Organisationsbewegung.

Von der Kronenbrauerei erstattete Holzjurner einen aus-

sprechlichen Bericht von der Unterhandlung am 28. November. Der

Bierlieferer hat 600 Liter Wasser in das Bier gepumpt, aber

Merlin II. Am Sonntag, den 6. Januar, fand bei Keller,

Koppenhafe, eine gutbesuchte Versammlung unserer Sektion statt,

in der als einziger Punkt auf der Tagesordnung Beratung über

Annahme oder Ablehnung des abzuschließenden Tarifvertrages stand.

Im der außerordentlich regen Diskussion, an der sich auch der in Berlin

anwesende Hauptvorsitzende Bauer beteiligte und in seinen Aus-

führungen auf die eventuellen Folgen eines Ausfalls dieses Tarifver-

trages wurde von Seiten der Mitglieder lebhaft für Ablehnung der ge-

machten Zugeständnisse gesprochen. Die Abstimmung ergab Ablehnung.

Aus der Mitte der Versammlung wurde jedoch die Abstimmung an-

gezwungen und darauf Urabstimmung beschloffen, welche auf den

Betriebes vorgenommen wird. Mit einem Hinweis auf die

bestehenden Reichstagswahlen wurde die Versammlung geschlossen.

Freising. Tarifvertrag. Am 25. November schloß die

Zahlstelle München des Brauereiarbeiterverbandes

mit den Brauereien Freising einen Tarifvertrag ab.

Unter großen Bemühungen und Opferwilligkeit ist es endlich ge-

lungen, in dem dunklen Freising für die Kollegen nur einigermaßen

was zu schaffen. Würden die gesamten Kollegen von Freising nicht

mit so fester Geschlossenheit dagestanden haben, so wäre an dem ge-

zungen sozialpolitischen Verständnis der Besitzer die ganze Bewegung

gefehlt, was in Rücksicht auf die langwierigen Unterhandlungen,

dem dreimaligen Zutammentreten mit der Kommission des Verbandes

in einer Zeit von 20 Stunden, im voraus anzunehmen war.

Für die Arbeiter eine zehnjährige Arbeitszeit einzuführen, waren

die Herren nicht zu bewegen, sie meinten vielmehr, wenn sie die

jetzige Arbeitszeit von 12 und 13 Stunden, in

manchen Betrieben sogar mehr, auf 10 1/2 Stunden herab-

setzen, der Sache Genüge getan zu haben.

In der Lohnfrage können wir das gleiche melden, die be-

Bewegung im Berufe

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Der Zug ist fernzuhalten nach Andernach, Norden,

Strandring, Kottbus und Hildesheim.

Der „Zornfaß“-Schiffs ist infolge des Kampfes mit

der Brauerei und Brennerei Zornfaß in Norden

Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

Augsburg. (Beendigt Streit.) In der Malz-

fabrik Wahl war der Vertrauensmann des Verbandes

entlassen. Eine Wiederernennung wies der Herr Wahl

ab und nahm auch eine scharfe Stellung gegen die übrigen

organisierten Malzer ein. Hierauf legten diese bis auf einen die Arbeit

nieder. Nachdem sich als „Arbeitswillige“ nur völlig unbrauchbare

Glieder einfinden, hat Herr Wahl das Einigungsamt

angewandt, was Herr Polizeioffizianten

folgende Einigung erzielt wurde:

Herr Wahl hat die Entlassung des Vertrauensmanns

wieder zurückgenommen, worauf sich die übrigen

Über warum stehen die Verhältnisse hier so gespannt?

Kann sich noch erinnern, als im heurigen Sommer ein Herr

Wanner aus München hier war, der mit Hilfe der Brauerei-

besitzer einen Bundesverein gründen wollte, was nachträglich

diese Herren auch fertig brachten. Aber ja nicht deswegen, um die

traurige Lage der Brauereiarbeiter zu verbessern, nein, nur deshalb,

um die Organisation zu schwächen, um dann wieder die

alten Zustände einführen zu können. Im Sommer

hat man das Täuschliche aufgeführt, da hat man den Arbeitern

geschmeichelt. Jetzt bekommen sie den Frustritt. Nun sehen die Kollegen

doch selbst ein, was Stillstand der Organisation bedeutet. Schrems

ermahnte die Kollegen, nicht nachzulassen und die fauligen Kollegen

wieder heranzuholen und nicht zu ruhen, bis der letzte Brauerei-

arbeiter organisiert ist, dann wird es ein leichtes sein, diese großen

Mißstände zu beseitigen.

In der Diskussion ergänzten zwei Kollegen die Ausführungen

der Referenten und beurteilten scharf die Interesslosigkeit von einem

Teile der Kollegen. Holzjurner beleuchtete das Verhalten des Ober-

Korrespondenzen

Berlin. Bei der am Sonntag, den 13. Januar, erfolgten

Wahl des Kuratoriums zum Arbeitsnachweis wurden die

seitens des Verbandes aufgestellten Kandidaten gewählt, und

war die von Sektion I aufgestellten mit 62 Stimmen gegen

215 Stimmen der Bundesgenossen mit allen Vorderbüchern, die von

Sektion II aufgestellten Kandidaten mit 1412 Stimmen, ohne

Gegenliste.

Düsseldorf. Die letzte Versammlung des hiesigen Bundes-

vereins zeigte wieder, wie wenig die Kollegen von den alltäglichen

Vorgängen, von dem Gang der Dinge gelernt haben. Nebenbei sei

erwähnt, daß eine ganze Anzahl Mitglieder, wohl ca. 14 oder noch

hand gegründet zur Wahrung ihrer Interessen, und wir? wir werden ausgenutzt und müssen jüngerem. Am besten wäre es, wenn der hiesige Bund einen christlichen Verband gründete, denn dann wäre er infanter, etwas zu erreichen!" Kollege Horn ermahnte die Kollegen, sich zu einer anderen Meinung zu bekehren und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Der Vorsitzende Reichmann erklärte, daß er kein Amt noch für einige Monate ausüben wolle, wenn dann die Kollegen sich nicht gebessert hätten, würde er freiwillig aus dem Bunde austreten, worauf noch einer vom Vorstandsrat rief: "Ach auch!"

Weiter wurde vom Vorsitzenden erwähnt, daß in verschiedenen Städten Rheinlands und Westfalens die Kollegen eine Aufbesserung erhalten hätten, auch in Düsseldorf wäre es an der Zeit, an eine Verbesserung zu denken, dieses sei aber nur möglich, wenn die Kollegen im Verband wären; er meinte im "christlichen".

Deshalb ganze 18 Mannleuten erschienen waren, wurde Kraft für 100 gemacht. Zum Schluß rief der Chorus: "Kirch (Zentrum) wird gewählt!"

Diese bedauerlichen Kollegen! Wie lange Jahre wurde von ihnen der allmählich wachsende "Bund" gepriesen, als das einzige Mittel das Fortkommen zu erleichtern. Und jetzt? Ja, Reichmann und Genossen: die Brauermeister haben einen Verband, aber auch nur einen. Und ihr? Der größte Dummkopf sollte es begreifen: Die Brauermeister haben kein Bedürfnis, sich "christlich" zu organisieren, die Brauerarbeiter sollten demnächstigerweise dieses Bedürfnis umgeworfen haben.

Jetzt, wo das Bundesgebäude anfängt zu wackeln, fängt man was Palliativmitteln an und sucht rasenbei im Namen "Christi" nach Lage zu verbessern. Ihr Toren! Macht es wie die Brauermeister: die scheren sich den Teufel um die religiösen Gefühle ihrer Mitmenschen, die organisieren sich materieller Vorteile halber und verlassen sonst jeden nach seiner Fassung stetig werden, politisch und religiös.

Daß die Bundesgenossen als Arbeiter einen Brottruderer am 25. Januar wählen, besagt genug über das geistige Denkbild der selben. Bei ihnen trifft eben das Sprichwort von dem Wegger und den Kalkern zu.

Aber die Macht der Tatsachen wird auch ihnen noch die Einsicht beibringen, daß der Arbeiter zum Arbeiter und der Brauerarbeiter zum Brauerarbeiter gehört, daß die Brauerarbeiter eine einzige starke Organisation notwendig haben zur energischen und erfolgreichen Vertretung und Förderung ihrer wirtschaftlichen, ihrer materiellen Interessen. Deshalb ihr Duffelbräuer Brauerarbeiter, hinein in den Zentralverband deutscher Brauerarbeiter!

Hagen. Die gute Besuche Versammlung vom 30. Dezember beschäftigte sich mit dem abgelaufenen Lohnjahr. Kollege Brülling gab den Tarif bekannt und bemerkte dazu, daß, wenn wir auch nicht alles bekommen haben, was wir verlangten, so können wir doch vorläufig zufrieden sein. Nach erfolgter Diskussion wurde der Tarif einstimmig angenommen. Kollege Brülling ermahnte die Kollegen, das Ertragnis auch hochzuhalten und auf dem Posten zu sein, daß der Tarif auch eingehalten werde, und in der Agitation mit allen Kräften zu arbeiten, damit wir auch die noch fernstehenden und die, die jetzt die Früchte des Verbandes genießen, für uns gewinnen, denn es wäre eine ganze Anzahl Kollegen, die durch den Tarif zwei bis drei Mark pro Woche mehr bekommen. Weiter spricht er sich über das Verhalten der Kollegen während der Tarifbewegung lobend aus, namentlich die Kollegen von Gabelsberg hätten sich tapfer gehalten, zudem die Organisation dort noch jung gewesen sei. — Dem Wahlsonntag wurden 25 Mk. aus der Kassa überwiesen. Kollege Brülling ermahnte die Kollegen, bei der Reichstagswahl ihre Pflicht zu tun, nicht nur die Stimme dem Arbeiterkandidaten zu geben, sondern auch mit zu arbeiten.

Königsberg. Am Sonnabend, den 12. Januar, fand für die Braueren Konradt und Schönbusch in Konradt bei Heiß eine öffentliche Brauerarbeiterversammlung statt. Welcher Geist unter den Brauerarbeitern herrscht, ergibt sich daraus, daß der Saal bei weitem nicht zureichte für die Erschienenen. Reichlich über 300 Brauerarbeiter hatten sich eingefunden, viele mußten stehen, auch das angrenzende Destillationszimmer war dicht besetzt, sogar bis auf die Straße standen die Leute, um den Vortrag des Kollegen Lepitz anzuhören. Er behandelte das Thema: "Die Lage der Brauerarbeiter und wie verbessern wir dieselbe?" Leider konnte die Veranstaltung nur eine Stunde tagen, da um 9 Uhr für dieses Lokal die Stunde besteht. Aber dennoch bestand es der Referent, in dem letzten Referat all die Mängel in den Braueren zu besprechen, und den Verammelten den Wert der Organisation vor Augen zu führen. Sehr oft wurde er von den Anwesenden durch lauten Beifall unterbrochen, ein Beweis, daß es den Brauerarbeitern denn doch im Ernst darum zu tun ist, ihre Lage zu verbessern. Sind doch in den großen Kiefernbetrieben mit ungefähr 600 Arbeitern noch 25 bis 30 Mark pro Woche zu verdienen. Die Arbeit seit 11 Uhr morgens bis 6 Uhr abends bei 2 1/2 Stunden Pausen. Eine Sonntagsruhe kennt man nicht; auch an Sonntag wird 3, 4, ja auch mitunter 5 Stunden gearbeitet.

An den Brauerarbeitern von Königsberg wird es nun liegen, die Wege und Mittel sind ihnen gewiesen, ihre Lage zu verbessern. Am 26. durch frühzeitigen Versammlungsschluß Versammelte nachgehols, findet am Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Febrmann, Tommsenstraße 35, eine weitere Versammlung statt. In dieser werden dann die Kollegen Gelegenheit haben, sich janz und sonderst dem Verbande anzuschließen, auch wird die Hauptstelle Königsberg wieder neu gegründet.

Da der Arbeiterklub in Konradt sonst kein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht und dieses Lokal nach langer Zeit mal wieder zu einer Versammlung freigegeben wurde, benutzte auch Kollege Braun-Königsberg als Kandidat für den Landkreis die Gelegenheit, um einige ansehnliche Worte an die Versammelten zu richten. Auch diesem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Kollege Lepitz forderte zum Schluß die Versammelten auf, dem geollten Beifall auch die Tat folgen zu lassen und sämtlich dem Brauerarbeiterverband beizutreten, sowie auch am 25. Januar nur dem Kandidaten die Stimme zu geben, welcher auch wirklich für die Interessen des arbeitenden Volkes eintritt.

Münster. Aus der Gaderbrauerei. Der Brauermeister Müller und seine beiden Helfershelfer, der Oberbursche Braun und Obermälzer Schilling, können an den Arbeitern nicht genug Mäde aben. Eine Mitglieder-Versammlung vom 13. Dezember, sowie einige Schreiben des Verbandes haben die Arbeiterausstattung und ordinären Redensarten der Herren Anreißer genügend dargestellt, was die Direktion auch verschloß, einen Mann mehr in die Kellerei (Malzhause) zu tun, auch einen Mann mehr im Gärtler zu beschäftigen. Ebenso hat sich die Direktion bereit erklärt in einem Schreiben an die Organisation, dem Arbeiter in der Malzfabrik die 79 Arbeitstage, in Summa 94,80 Mk., nachzugeben, obwohl die Direktion der Meinung ist, wie sie schreibt, der Arbeiter hätte es nicht verdient. Auch außer der Brauerei dürfen die ledigen Arbeiter gegen 2 Mark Wohnungsgeldzahlung schlafen, und zum großen Erstaunen erklärt die Brauerei, daß die Arbeiter im Malzhause in allerhöchster Zeit schon Wäsche und Kleiderstücke herstellen zu lassen. Der Tarif hat jetzt genau zwei Jahre Geltung, in dem sich die Brauerei dazu verpflichtet hat, wüßte Unterwerfung, diese Räume herzustellen, und heute schon beginnt man die Einrichtungen zu treffen.

Verschiedene andere Punkte wurden noch zugunsten der Arbeiter erklärt, darüber die große Erbitterung der oben genannten Herren. Weil sie nun gar keinen anderen Ernd mehr ausführen können, sagen sie her und lassen die gesamten Arbeiter, die bis jetzt an Lohn und gesetzlichen Feiertagen seit Jahren, auch schon vor dem Tarif, nur drei Stunden gearbeitet haben, vier und viereinhalf Stunden arbeiten. Und da sagte der Oberbursche Braun zu einigen Kollegen: "Seht ihr, das kommt von dem ewigen Herrn her, nehmt euch einen solchen Hezer her, hat und frägt ihn an, was er durch (es wurde sogar der Name des Hezers genannt), was bekommt ihr die Sonntagarbeit wieder". Obermälzer Schilling behauptet, die Arbeiter als faul, schlief und miserabel hinzustellen, wenn sie nicht nach seiner Pfeife tanzen.

Was sagt die Direktion zu dem Treiben der Herren, hat sie nicht alle Ursache, zugunsten des Betriebes ins Mittel zu treten? Und die Herren Aufsichtsräte mögen sich die Herren bei hellem Lichte ansehen, die Arbeiterorganisation wird mit diesen Herren Abrechnung halten.

Neuruppin. Unternehmerrückgriff. In Nr. 302 der "Tagesschau für Brauerei" wird bei Besprechung des Geschäftsberichtes der Schönbusch'schen Brauerei der Streit — den wieder einmal der Brauerarbeiterverband inszeniert haben soll — herdhrt. Obwohl den Streikbrechern die Forderungen der Organisten im weitestlichen bewilligt wurden, so ist doch noch ein Reingewinn von 13 000 Mk. gegen 40 000 Mk. Verlust des Vorjahres herausgebrungen. Viel sparsamer konnte noch gewirtschaftet werden, hätte die Betriebsleitung den Wünschen der alten eingearbeiteten Arbeiter entsprochen.

Nicht die un-rückfälligen (?) Forderungen der Arbeiter, die den Streikbrechern genehmigt wurden, sondern die Organisationsfeindlichkeit arbeitgeberseits war die Streikursache. Warum mag wohl der vollständig mißglückte (?) Streik und vollends unwirksame (?) Boykott — um mit dem Berichterstatter zu reden — gerade zum Abschluß des Geschäftsberichtes in Erinnerung kommen und solch große Verwirrung anrichten? U. U. u. g.

Neuensburg. In einer sehr gut besuchten Brauerarbeiter-Versammlung am 30. Dezember sprach Vanteiler Schrems über Kapital und Arbeit und über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse unserer Berufskollegen. Nachdem sprach Genosse Hagen, Reichstagskandidat für den Wahlkreis Regensburg, und ermahnte die Anwesenden, ihre Organisation zu stärken und bei der kommenden Reichstagswahl jeder das seine zu tun und seine Stimme nur derjenigen Partei zu geben, die auch die Interessen der Arbeiterklasse ehrlich vertritt, und das ist die sozialdemokratische Partei. Da Frhr. von Pfeiten, der Vertreter des Territoriums der Bischöflichen Brauerei, mandatsmüde geworden ist, habe die Zentrumspartei einen anderen Vronwucherlandkandidaten, den Chefredakteur Feld als Reichstagskandidaten aufgestellt, der ebenfalls eine sehr zweifelhafte Rolle in der Bischöfshofers Affäre traurigen Angebens spielte. Hagen ermahnte zum Beitritt zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation, worauf 20 Mann der politischen und 10 Mann der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband, beitraten.

Rundschau.

Alkohol im Brot. Von altersher wird, wenn Brot gebacken werden soll, dem Teig eine Portion Hefe oder Wärme gegeben, und auch die Hausfrauen, die sich den Teig zu Feiertagsbröten selbst im Hause herstellen, verläumen nicht, Wärme hinzuzutun. Der Zweck, den man dabei erreichen will, ist der, daß das Brot oder der Kuchen schön locker wird, während man ohne Wärmezujaß eine feste, dicke und schwer verdauliche Speise erhalten würde. Die Wärme wirkt nun zu diesem Zweck in der Weise, wie sie eben nach ihrer Natur wirken kann. Sie ist nämlich nichts anderes, als eine Masse von Hefepilzen, und diese bewirken, wenn sie einer zuckerhaltigen Substanz zugefügt werden, eine Vergärung des Zuckers. Der Vorgang ist beim Teig genau derselbe als beim Bierbrauen. Hier, wie beim Teig, zerlegt sich in Anwesenheit der Hefepilze der Zucker nach ganz bestimmten chemischen Gesetzen in Alkohol und Kohlenäure.

Der Teig wird durch die durch die Wärme hervorgerufene Kohlenäure in der gewünschten Weise aufgedehnt, der Alkohol kann aber auch aus dem Teig nicht entweichen, und selbst der strengste Alkoholgegner ist gezwungen, im Brot Alkohol zu sich zu nehmen. Allerdings ist die Menge Alkohol, die wir auf diese Weise uns zuführen, nicht gerade bedeutend. Vor kurzem wurden hierüber genauere Untersuchungen angestellt und sie ergaben, daß auf 100 Gramm Brot kaum ein Zehntel Gramm Alkohol entfällt; also heranzählt kann man von dieser Menge nicht werden, aber immerhin genießen wir im Brot auch Alkohol.

Brechnung

über die Aussperrung wegen der Bierpreiserhöhung.
Zahlstelle Gera.
Vom 26. August bis 20. Oktober.
Einnahme.

Aus der Hauptkasse erhalten	1000,— Mk.
Von laufenden Beiträgen verwendet im 3. Quartal	223,57 "
Von laufenden Beiträgen verwendet im 4. Quartal	350,93 "
	Ga. 1574,50 Mk.

Ausgabe:
Unterstützungen an die Aussperrten 1574,50 Mk.
Ga. 1574,50 Mk.

Bilanz:
Einnahme 1574,50 Mk.
Ausgabe 1574,50 "

bleibt Bestand — Mk.
Gera, den 30. Dezember 1906.
R. Fülle. Emil Jahn. Louis Sauer.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Münzstr. 5, III., Hannover. — Fernspr. Nr. 5830
Vom 7. bis zum 13. Januar gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Verden (Aller) 46,55. Londen — 60. Jahr 193,97. Langensalza 365,90. Schwiebus 30,05. Heilbrunn 399,11. Ahrensburg 85,70. Gegeberg 77,65. Hamm 21,13. Bremen 2243,06. Franzen 5,77. Nürnberg (für Rechtschutz jurist.) 2,40. Frankenthal 118,99. Hanau 218,36. Alzei 86,55. Roth a. Sand 123,51. Waldshut 79,91. Würdlingen 21,30. Nordhausen 245,97. Halle 761,65. Lier 83,15. Galtrow 106,82. Gräfenroda 20,80. Reumünster 71,78. Färth 432,33. Ansbach 225,11. Odersleben 30,—. Radeberg 314,85. Rosenheim 175,74. Meuselwitz 5,85. Frankfurt a. M. 1369,05. Nürnberg 700,—. Oldenburg 139,—. Würzburg 200,—. Neustrelitz 67,75. Gräfenheimchen 9,—. Gera 571,73. Gagnau 14,54. Berlin (für Rechtschutz jurist.) 74,32. Berlin II 9594,19.
Für Inzerate ging ein: Mainz 2,—. Rostod 3,60. Mainz 1,40. Karlsruhe 4,20.
Für Abonnements ging ein: Berlin 10,80.
Für Protokolle ging ein: Hanau 6,—. Karlsruhe 20,—.
Für Unterstützung des Kollegen G. ging ein: Radeberg 22,80. Wpöba 3,—. Färth 50. Gurburg 37,50.
Material ist abgegangen: Reg 40 Mitgliedsbücher. Ingolstadt 40 Mitgliedsbücher. Osnabrück 400 Marken a 45 Pf. Nordhausen 1200 Marken a 45 Pf. Freiburg i. Baden 60 Mitgliedsbücher. Rathenow 10 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 45 Pf. Neustrelitz 20 Mitgliedsbücher und 200 Marken a 45 Pf. Schleiflingen 20 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 45 Pf. Einbeß 20 Mitgliedsbücher. Berlin II 200 Marken a 40 Pf.
Abrechnungen für das 2. Quartal haben eingekandt: Bochum, Frankenthal, Verden.
Abrechnungen für das 4. Quartal haben eingekandt: Segeberg, Langensalza, Schwiebus, Hanau, Verden, Nordhausen, Würdlingen, Bremen, Alzei, Halle, Odersleben, Heilbrunn, Reumünster, Ansbach, Galtrow, Roth, Gagnau, Rorden und Schwabach.
* Die Zahlkarten zur Arbeitslosen-Zählung des Reichsstatistischen Amtes für das 4. Quartal haben folgende Zahlstellen nicht eingekandt: Alshausen, Bayreuth, Celle, Coburg, Eberswalde, Elmshorn, Essen, Forst, Frankenhäuser, Frankenthal, Färth, Galtrow, Galtrow, Galtrow, Ingolstadt, Jöhoe, Karlsruhe, Konigsberg, Landshut, Langensalza, Lindau, Ludenwalde, Oldenburg, Regensburg, St. Johann, Solingen, Sonneberg, Tübingen, Ulm, Wiesbaden, Worms, Würzburg, Zwickau.

* Die Zahlstelle Alzei ist der Zahlstelle Worms angeschlossen und wird in Alzei nicht mehr Unterstützung ausbezahlt.

* Gau III (Sitz Leipzig). Sonntag, 10. Februar, findet in Leipzig, Volkshaus, Zeigerstraße 32, eine Konferenz für den Gau III statt. Die Tagesordnung ist den Zahlstellen zugestellt. Die Zahlstellen werden ersucht, zeitig Stellung hierzu zu nehmen und ihre Delegierten zu nominieren.

Die Delegierten wollen ihre Ankunft dem Unterzeichneten melden. Spätestens am 10. Februar, vormittags 10 Uhr, müssen alle Delegierten im Volkshause anwesend sein.
F. A. E. Stöcklein, Gauleiter.

* Göttingen. Vorsitzender ist M. Ostland, Mittelstr. 26.
* Halberstadt. Vorsitzender ist Paul Mähl, Westerkäuserstraße 7. Kassierer: And. Spitzbarth, Westerkäuserstraße 35. Unterstützungsscheine verabfolgt der Vorsitzende nach 6 Uhr abends, Unterstützung wird ausbezahlt im Gewerkschaftsraum.

* Heilbronn. Vorsitzender ist Joh. Kling, Dammsstr. 20.

Versammlungsanzeigen.

Andernach. Sonnabend, 19. Januar, 8 Uhr, Generalversammlung im Gasthof zur Klode.
Augsburg. Sonntag, 27. Januar, 2 1/2 Uhr, Generalversammlung im Gasthaus zum Fischzug, Petri-Jakobs-Vorstadt.
Bautzsch. Mittwoch, 23. Januar, 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Friedrichshof. Alles erscheinen!
Berlin I. Sonntag, 20. Januar, Generalversammlung.
Berlin II. Sonntag, 20. Januar, vormittags 1/10 Uhr, bei Keller, Koppensstraße 29. Vollständig erscheinen!
Deffau. Sonnabend, 19. Januar, Generalversammlung.
Dortmund. Sonntag, 20. Januar, 3 Uhr, im Lokal Steinmann, 1. Kampstraße 73, Generalversammlung.
Eberfeld. Sonntag, 27. Januar, 4 Uhr, im Volkshaus, Generalversammlung.
Hagen. Sonntag, 20. Januar, im Volkshaus: Generalversammlung. Nichtorganisierte mitbringen.
Heidmühle. Sonntag, 20. Januar, 2 Uhr, Generalversammlung bei Kollegen Wenz in Schorrens.
Jöhoe. Sonnabend, 19. Januar, 8 Uhr, bei F. Weich, Zur alten Apotheke.
Karlsruhe. Sonntag, 27. Januar, 1 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Möhrlein, Kaiserstraße 13. Kollegen von Rastatt, Gaggenau, Rothenfeld, Ettlingen und Bruchsal sind hierzu eingeladen.
Kassel. Sonntag, 20. Januar, 3 Uhr, im Lokal „Zur Stadt Hanau“, Mittelgasse, Generalversammlung.
Koblenz. Sonntag, 27. Januar, 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, öffentliche Versammlung. Referent: Frank. Das Erscheinen sämtlicher Brauerarbeiter ist dringend notwendig.
Leipzig. In Zukunft finden unsere Versammlungen nicht mehr am 3., sondern jeden 4. Sonntag im Monat, 3 Uhr, im Volkshaus statt. — Am 27. Januar Generalversammlung.
Magdeburg. Sonnabend, 4. Februar, 8 Uhr, bei Käster, Fabrikstraße 5/6.
Meerane, Glauchau, Grimmitzhan, Pönitz. Sonntag, 20. Januar, 3 Uhr, beim Kollegen Felber, Restaurant „Zum wilden Mann“. Alle kommen!
Neßz. Sonntag, 20. Januar, 4 Uhr, bei Rademacher.
Suhl. Sonntag, 3. Februar, 3 Uhr, in „Dombergs Anstalt“.
Traranteln. Sonntag, 20. Januar, 2 Uhr, im Lokale Benefiz Lechner.
Waldshut. Sonntag, 27. Januar, 3 Uhr, Generalversammlung im Rheinshof.

Vergnügungsanzeigen.

Essen. Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Herrn v. d. Lon, Schützenbahn: Winter-Vergnügen, bestehend in Konzert, Theater und Ball, und unter Mitwirkung des Arbeiter-Radsportvereins. Die umliegenden Zahlstellen sind freumblich eingeladen.

Inzerate.

Inzerate

Werden die hochgepflanzte Kolonelle 40 A. für Mitglieder 30 A.

Wo befindet sich der Brauer Juan Schneider, zuletzt in Erfurt, Altmühlmaier? Adresse erbitte Emil Moins, Erfurt, Mittelstr. 3, III.

Wer den Aufenthaltsort des Brauers Franz Smith, geb. 20. März 1876 zu Pösterhold, Golland, kennt, eruche ich um baldmöglichste Mitteilung.
Hart. Wirrer, Brauer Königsbach, Koblenz.

Um genaue Adresse des Kollegen Prof. Meißler, zuletzt in der Brauerei Schmidt (Köwenbrauerei) St. Johann tätig, bittet
Georg Beckerbauer, Gans a. Brauerei, Geislaubert bei St. Johann.

Sch Suche einen
Oberburschen
für eine Brauerei von 4000 Hektoliter Ausstoß und wollen Herren, welche selbst mitarbeiten, hier und da Rundschau besuchen, im Malzen und Brauen kundig sein, für gutes Bier garantieren. Offerten einreichen. Die alleinige Leitung im Innern, muß 5000 A. Kaution gestellt werden. Brauerei ist auf dem Lande und ausdehnungsfähig, ohne Konturrenz und kann derselbe bei größtem Abfall der Brauereiergebnisse übernommen. Nur vertrauenswürdig Leute wollen Offerten einreichen unter N 133 an die Expedition dieser Zeitung.

Bierverlags-Grundstück
in Bad Nauheim ist umständehalber sofort preiswert zu verkaufen. Beste Lage bei Stadt, 3 gute Gießer u. w. Umf. 1000 bis 1200 Hekt. Preis 45 000 A. Anzahl. 20 000 A. Mietvertrag 1000 A. (Auf Wunsch bleibt Verkäufer als Verleger wohnen.) Alles Nähere von Karl Farronkopf, Bad Nauheim.

Fassforfen und **Gummischleiden**, gebrauchte, tauche. Sammelte Offerten mit Quantum-Angabe erbeten.
J. Stornlicht, Halle a. S.

Brauer allerorts gesucht, welche Vertr. hochgeh. Neuz. nebenbei übernehmen. Sehr hoher Nebenverdienst. Auskunft auf Anfrage vollst. kostenlos.
Norm. Wolf, Zwickau (Sachl.), Rostbr. 30.

Brauer, Gosen, Soppen, Westen liefern für das In- und Ausland frei ins Haus. Katalog gratis. Ia Qual. Leder- oder Wancheller-Gose 5 Mk. Belle 4 A. Sackett 16 A. I. Qual.: Ia Leder- oder Wancheller-Gose 6,50, Belle 3,25, Sackett 13 A. II. Qual.: 2 A. Pf. Schwere Leder-Gose 4,80, Belle 2,50, Sackett 10 A. Alle Gosen mit Bedertagen.
Emil Kohnfeld,
— Deutscher-Feiderfabrik, —
Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Die herzlichsten Glückwünsche zum Verlobung unserm Kollegen Franz Schütz und seiner lieben Braut Auguste Penzgermann.
Die Verbandskollegen der Vereinsbrauerei Döhsfelde.

Unserem Verbandskollegen Franz Braun u. seiner lieben Braut Ernestine Reumeyer zur Vermählung am 12. Januar die besten Glückwünsche.
Sämtliche Arbeiter der Sounenbrauerei, Mainz.

Unserem Kollegen Paul Dettens und seiner lieben Braut Johanna Rühl zu der am 18. Januar stattfindenden Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen der Brauerei Pansichöhe, Schwerin.

Unserem Verbandskollegen Gustav Geiger und seiner lieben Frau Therese, geb. Schlatter, zur Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Schwenningen.

Unserem Kollegen Joh. Dörfner und seiner lieben Frau Maria, geb. Schöfel, zur Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Rölln.

Unserem Kollegen Oberburscher Kaver Bipp und seiner lieben Braut zu ihrer Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche.
Die Verbandskollegen von Bad Reichenhall.

Hermann Seifert,

Kalmburg bei Gera (R.),
erzapft
prima wasserleichte Brauer-Schaube
in nur bester Ausführung.
Beste und billigste Braugewinnung.
Man bestelle bei...